



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Versprechen des Asylgipfels halten und Asylsozialberatung sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in der Asylsozialberatung einen Betreuungsschlüssel von 1:100 in allen Unterkünften für Asylbewerber in Bayern zu gewährleisten.

Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit der staatliche Finanzierungsanteil der pauschalierten Personalkosten von derzeit 70 auf 80 Prozent erhöht werden kann.

Begründung:

Die aktuelle Situation in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber ist unhaltbar. Bei dem deshalb stattfindenden Asylgipfel Mitte September kündigte die Staatsregierung einen massiven Ausbau der Sozialberatung an. Bereits eine Woche später wurde diese Zusage eingeschränkt und bekannt gegeben, dass dieser Ausbau nur für die Erstaufnahmeeinrichtungen gelten soll. Die Asylsozialberatung ist ein wichtiger Bestandteil der Aufnahme von Flüchtlingen und seit Jahren deutlich unterfinanziert. Da lediglich die Personalkosten, nicht jedoch Sachkosten staatlich refinanziert werden, trägt der Staat damit faktisch lediglich 60 Prozent der Kosten der Asylsozialberatung, einen Großteil der Kosten tragen die Sozialverbände.

Bereits im vergangenen Jahr konnten mit den bestehenden Kapazitäten lediglich 60 Prozent der ankommenden Asylbewerber durch die Beratung erreicht werden. Daher besteht dringender Handlungsbedarf.